



GÖTTINGER BLÄTTER

03.2019

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Ist Macron am Ende?

Eine Satire von Wolfgang Bittner

Wie mehrere unabhängige Medien berichten, hat sich in Frankreich nach monatelangen Unruhen und Protesten von Millionen Bürgern eine Übergangsregierung nach dem Vorbild Venezuelas gebildet. Während dort allerdings durch destabilisierende Maßnahmen der USA eine Okkupation der Erdölvorkommen droht, geht es in Frankreich um die Wiederherstellung demokratischer und sozialer Verhältnisse. Ein Oppositionspolitiker namens Jaques Labonté hat sich soeben zum Übergangspräsidenten erklärt und den bisherigen autoritär regierenden Präsidenten Emmanuel Macron aufgefordert, zurückzutreten und Neuwahlen zuzulassen.

Macron wird vorgeworfen, große Teile der französischen Bevölkerung durch seine extrem neoliberale Politik in die Armut zu treiben und die zunächst friedlich verlaufenen Massendemonstrationen - unter anderem der sogenannten Gelbwesten - mit brutaler Gewalt unterdrückt zu haben. Millionen Demonstranten, unter ihnen Tausende, die durch den befohlenen rigorosen Einsatz von Schlagstöcken, Pfefferspray und Gummigeschossen erheblich verletzt wurden, fordern die Anerkennung der Übergangsregierung.

Schon die Bombardierung Libyens mit der Ermordung Gaddafis, die Luftangriffe auf Syrien sowie Auslandseinsätze und die massive militärische Aufrüstung haben die menschenverachtende Politik der französischen Regierung und ihrer Anhänger deutlich gemacht. Mit Macron hat sich die soziale Lage zunehmend verschlechtert und der Kampf der Reichen gegen die Armen hat ein Gesicht bekommen. Die Wut der Benachteiligten in der französischen Bevölkerung hat sich dermaßen angestaut, dass revolutionäre Zustände bevorstehen könnten. Auch ein Bürgerkrieg ist nicht mehr auszuschließen, da sich Teile der bürgerlichen Mittelschicht und die Oberschicht auf die Seite Macrons gestellt haben.

Daher hat der selbstverordnete Interimspräsident Labonté jetzt mit seinem Plan Paix et Socialisme seine Absichten für eine Erneuerung Frankreichs vorgestellt:

Gute Arbeit - gute Löhne, höhere Renten, Abrüstung, Entbürokratisierung, Ende des Überwachungsstaates. Damit wissen seine Landsleute, die derzeit für einen Regierungswechsel auf die Straße gehen, wofür der charismatische Interimspräsident steht und dass es nicht mehr allein um eine Ablösung von Emmanuel Macron geht.

Inzwischen haben Algerien, Marokko, Vietnam, Kambodscha, Angola, Kamerun, Gabun, Togo und Mauritius den Interimspräsidenten anerkannt. Die französische Luftwaffe hat sich dem Vernehmen nach auf die Seite Labontés gestellt und in einzelnen Städten sind Polizisten in großer Zahl zu den Demonstranten übergelaufen. Es soll zu anrührenden Umarmungsszenen gekommen sein.

Die westliche Allianz reagiert mit Entsetzen, zumal auch in den USA und weiteren westlichen Ländern große Unzufriedenheit mit dem neoliberalen Kurs ihrer Regierungen herrscht und zu ähnlichen Reaktionen führen könnte. In seltener Einmütigkeit haben US-Präsident Donald Trump und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt, dass sie zum gewählten Präsidenten Emmanuel Macron stehen. Das sei eine Selbstverständlichkeit und entspreche dem Völkerrecht, äußerten sie und bekundeten den Willen, die Regierung Macron mit allen Mitteln, notfalls auch militärisch, weiterhin zu unterstützen.

Angela Merkel sagte in einem Interview:

„Wo kämen wir denn hin, wenn sich jeder x-beliebige Oppositionspolitiker mit Unterstützung fremder Regierungen zum Präsidenten erklären könnte.“

Letztlich würde das die mühsam erkämpften Errungenschaften des Völkerrechts in einer zivilisierten, humanen Welt

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Macron am Ende?	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Die LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Frauenkampftag	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 04.2019
ist der 22. März.
Auslieferung am 28. März.

außer Kraft setzen, womöglich dem internationalen Terrorismus Tür und Tor öffnen, so Merkel. Für den Fall eines Bürgerkriegs bietet sie dem bisherigen Präsidenten Emmanuel Macron sicheres Geleit und Asyl in Deutschland an. Der hat unter dem Beifall der regierungskonformen Medien verlauten lassen, dass er nicht bereit sei, sich dem Diktat der Straße zu beugen und zurückzutreten. Wie immer es weitergeht: Die Medien werden uns auf dem Laufenden halten.

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. **Wolfgang Bittner** lebt in Göttingen. 2017 erschien von ihm im Westend Verlag in Frankfurt am Main das Satire-Buch „**Die Abschaffung der Demokratie**“.

Erstveröffentlichung: **NachDenkSeiten**
<https://www.nachdenkseiten.de/?p=49037>

Rotes Zentrum im März:

1. März 2019, 19.00 Uhr: Zum Internationalen Frauentag

Minna Faßhauer – erste Ministerin Deutschlands, Vortrag mit Heide Janicki, BS.

Eine Veranstaltung der DKP-Göttingen



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Aufruf der 7. bundesweiten Gedenkstättenkonferenz zur Verteidigung der Demokratie

Auf ihrer Tagung am 13.12.2018 beschloss die bundesweite Konferenz der NS-Gedenkstätten in Deutschland nachfolgenden Aufruf:

„Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Verbrechen in Deutschland rufen auf zur Verteidigung der Demokratie“

Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer nationalsozialistischer Gewalt nehmen als Orte der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit einer verbrecherischen Vergangenheit eine wichtige Bildungsaufgabe für die Gegenwart wahr. Ihre Arbeit folgt der aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus gewonnenen Verpflichtung unserer Verfassung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ (Art. 1 GG).

Lernen aus der Geschichte der NS-Verbrechen heißt auch Warnzeichen rechtzeitig zu erkennen, wenn eine nachhaltige Schwächung unserer offenen Gesellschaft droht. Wir wissen aus der europäischen Geschichte des

20. Jahrhunderts, dass Demokratien mit Standards wie dem Grundgesetz, den europäisch und international verankerten Menschenrechten, Minderheitenschutz, Gleichheit aller Menschen vor dem Recht, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung mühsam erkämpft wurden und fortdauernd geschützt und ausgestaltet werden müssen.

Immer offener etablieren sich in der Gesellschaft Haltungen, Meinungen und Sprechgewohnheiten, die eine Abkehr von den grundlegenden Lehren aus der NS-Vergangenheit befürchten lassen. Wir stellen mit Sorge fest:

- ein Erstarken rechtspopulistischer und autoritär-nationalistischer Bewegungen und Parteien,
- eine verbreitete Abwehr gegenüber Menschen in Not sowie die Infragestellung und Aufweichung des Rechtsauf Asyl,
- Angriffe auf Grund- und Menschenrechte,
- die Zunahme von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen

gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit,

- eine damit einhergehende Abwertung von Demokratie und Vielfalt.

Hinzu kommt ein öffentlich artikulierter Geschichtsrevisionismus, der die Bedeutung des Erinnerns an die Verbrechen des Nationalsozialismus als grundlegende Orientierung der deutschen Gesellschaft in der Gegenwart angreift und durch ein nationalistisches Selbstbild ersetzen möchte.

Diesen aktuellen Entwicklungen treten wir mit unserer täglichen Arbeit in der historisch-politischen Bildung entgegen. Aber sie erfordern darüber hinaus politisches und bürgerschaftliches Handeln. Wir appellieren daher an die Akteure in Politik und Gesellschaft, das Wissen um die historischen Erfahrungen mit ausgrenzenden Gesellschaften wie dem Nationalsozialismus für die Gegenwart zu bewahren und sich für die Verteidigung der universellen Geltung von Grund- und Menschenrechten einzusetzen.“

► Zensur im Dienste Erdogans: Verbot von kurdischem Verlag und Musikvertrieb

Am 12. Februar 2019 hat das Bundesinnenministerium den Mezopotamien Verlag und die MIR Multimedia GmbH als angebliche Teilorganisationen der PKK verbieten lassen. Beide Unternehmen waren auf die Verlegung und den Vertrieb kurdischer Musik und Literatur spezialisiert.

Bereits im März des vergangenen Jahres waren bei einer polizeilichen Durchsuchung der Räumlichkeiten beider Betriebe nicht nur tonnenweise Bücher und Tonträger „sichergestellt“, sondern neben dem Inventar eines Tonstudios auch das weltweit größte Archiv kurdischer Musik beschlagnahmt worden. Das darin enthaltene Material

ist der Öffentlichkeit seitdem nicht mehr zugänglich. Unter den beschlagnahmten Büchern befanden sich neben politischen Schriften auch Lehrbücher der kurdischen Sprache sowie in kurdische Sprache übersetzte Klassiker der Weltliteratur von Tolstoi, Stefan Zweig, Eduardo Galeano, Jack London, Victor Hugo, Dostojewski und Gogol. Selbst kurdisch-deutsche Wörterbücher und Kinderbücher sind beschlagnahmt worden.

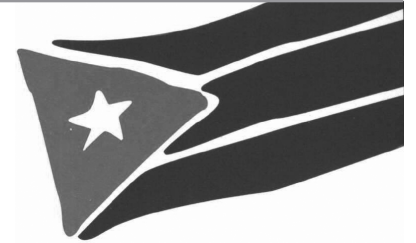
Nach nunmehr fast einem Jahr erging die Verbotsverfügung des Bundesministeriums des Inneren mit der Begründung, alle Gewinne würden der Unterstützung der PKK zu Gute kommen. Jedoch gibt dieselbe Verbotsverfügung an, dass die

beiden nun verbotenen Unternehmen nur Defizite erwirtschafteten. Die Anwälte beider Kulturvertriebe kündigten bereits an, gegen das Verbot Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht einzureichen.

„Das seitens des Innenministeriums erlassene Verbot gegen gleich zwei Unternehmen, die kurdische Kultur nicht nur verlegen und vermarkten, sondern sich auch deren Bewahrung zum Ziel gesetzt haben, ist nicht nur ein Angriff auf die kurdische, sondern jede kritische Gegenkultur. Kunst und Kultur sind schon immer Träger der Gesellschaftskritik. Jede diesbezügliche Einschränkung ist eine Form der Zensur, die nicht tragbar ist. [...] Das als Grundlage für die Kriminalisierungspolitik gegen die kurdische Bevölkerung in der BRD dienende PKK-Verbot muss endlich aufgehoben werden“, erklärt Anja Sommerfeld, Mitglied im Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung

am 12. März um 20.00 Uhr im Berliner Hof

▶ Keine Einmischung in das Selbstbestimmungsrecht

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba weist die Einmischungen der USA und ihrer Verbündeten, der Bundesregierung und des EU-Parlaments in Venezuela entschieden zurück

Nur wenige Minuten, nachdem sich der Oppositionspolitiker Guaidó selbst zum Interimspräsidenten Venezuelas erklärt hatte, erfolgte bereits seine Anerkennung durch US-Präsident Donald Trump, wie auch durch Brasilien unter Bolsonaro. Ein offensichtlich abgekartetes Spiel. Mit diesem Schritt zerstörte die Trump-Administration jegliche Grundlage diplomatischer Beziehungen zur Bolivarischen Republik Venezuela endgültig und stachelt die traditionell gewaltbereiten Rechtskräfte im Land weiter an. Trump drohte im selben Atemzug mit einer „militärischen Option“ seitens der USA. Guaidó und seine nationalen und internationalen Unterstützer berufen sich auf Artikel 233 der Verfassung, der sich auf die Situation bezieht, wenn es keinen amtierenden Präsidenten gibt. Damit stellen sie das Ergebnis einer Präsidentenwahl in Frage, die Teile der Opposition 2018 angesichts ihrer eigenen Schwäche weitgehend boykottiert hatten. Es handelt sich um Figuren, denen es an demokratischer Legitimation mangelt, die den interessierten imperialistischen Kräften, allen voran den USA, unbedingt hörig sind.

Die USA arbeiten weiter an einem Putsch in Venezuela. Dahinein passt, dass das EU-Parlament und die Bundesregierung den selbsternannten Putschpräsidenten Guaidó anerkennen und dem verfassungsgemäß und verfassungsmäßig wiedergewählten Präsidenten Maduro in völkerrechtswidriger Anmaßung die Legitimität absprechen.

Tatsächlich kam es in Lateinamerika in einigen Staaten zur Verletzung der demokratischen Grundrechte der Bevölkerung. So wurden in Honduras und Brasilien demokratisch legitimierte Präsidenten per

stillem Staatsstreich durch rechtsgerichtete Putschisten ersetzt. In keinem dieser Fälle erwogen die USA oder die EU, den jeweiligen Staatsoberhäuptern die Anerkennung zu entziehen, im Gegenteil. Dafür mischen sich diese reaktionären Regierungen sich jetzt an der Seite der Trump-Regierung offen und aggressiv in die inneren Angelegenheiten Venezuelas ein und spielen mit der Option eines militärischen Überfalls.

Dies ist kein Zufall. Venezuela ist das Land mit den größten Erdölreserven, die USA der größte Erdölverbraucher der Welt. Zudem liegt Venezuela inmitten des lateinamerikanischen „Hinterhofes“, auf den die USA traditionell einen imperialen Führungsanspruch erheben.

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba weist diese Position als einen undemokratischen Akt und einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht zurück.

Als Organisation, die sich der Völkerfreundschaft zwischen der BRD und Kuba verschrieben hat, haben wir eine lange Erfahrung mit der anmaßend-ko-

lonialen Haltung, mit der die führenden kapitalistischen Staaten eine angebliche Besorgnis um Demokratiemängel in Staaten der Dritten Welt einsetzen, um ihre handfesten politischen und wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

Auch das sozialistische Kuba, einer der engsten Verbündeten des bolivari-schen Venezuelas, ist seit sechs Jahrzehnten politischen, medialen und terroristischen Angriffen dieser Art ausgesetzt. Ähnlich wie im Falle Venezuelas handelt es sich auch in Kuba bei den Kräften, die von interessierter Seite als Heilsbringer aufgebaut werden, um reaktionäre, gewaltbereite und korrupte Figuren.

Die derzeitig zu beobachtende Vorgehensweise unterstreicht die Berechtigung der jahrelangen Kämpfe in Venezuela, Kuba und anderen Ländern der Region um Souveränität und Selbstbestimmung. Hier gilt der Satz von Che Guevara: „Dem Imperialismus kann man nicht das kleinste Bisschen Vertrauen schenken.“

Hände weg von Venezuela!

Bundesvorstand der Freundschaftsgesellschaft

Weitere Infos zur Situation in Venezuela:

- ▶ Granma: <http://de.granma.cu/mundo/2019-02-11/venezuela-bittet-europa-seine-haltung-der-einmischung-aufzugeben>
- ▶ Granma: <http://de.granma.cu/mundo/2019-02-11/grosste-nation-der-welt-unterstuetzt-volk-venezuelas>
- ▶ Hier ein Video von einer kürzlichen Soliaktion in Bremen. Der Beitrag von Heiner Fechner bringt die Unhaltbarkeit der Argumentation und des Agierens der US-Administration samt ihrer Unterstützer (auch unsere Bundesregierung) gut auf den Punkt. (ab Minute 2:31): https://www.youtube.com/watch?v=HgM1kE81EZg&feature=youtu.be&fbclid=IwAR2hifdlEx4U8309g0LLPTCj6sJx4SMg9OeOYzQYdJP5hGdURfS8xOKK_A
- ▶ Und last not least- <https://www.youtube.com/watch?v=GstCXz2m3S0>
- ▶ jw: <https://www.jungewelt.de/artikel/348850.venezuela-usa-wollen-un-resolution-zu-venezuela.html>
- ▶ Film: „Venezuela zu Kriegszeiten“-Download: <http://www.netzwerk-cuba.de/2019/02/aufruf-zu-venezuela-bitte-unterstuetzenfilm-venezuela-zu-kriegszeiten-download/>
- ▶ amerika21: <https://amerika21.de/2019/02/221974/venezuela-bundestag-gutachten-voelkerrech>

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Nein zum Putsch in Venezuela!

Die Bundesregierung stellt sich mit anderen EU-Staaten, den USA und rechtsgerichteten Regierungen in Lateinamerika an die Seite der Putschisten in Venezuela. Die demokratische Ordnung Venezuelas, durch zahlreiche Wahlen und Referenden seit 1999 legitimiert, soll mit äußerer Einmischung und Gewalt beendet werden.

Die USA möchten ihren „Hinterhof“ wieder in Besitz nehmen. Sie versuchen seit Jahren den Willen des venezolanischen Volkes zu brechen, seinen Weg eigenständig und unabhängig von den Diktaten des US-Imperialismus zu bestimmen. Putsch- und Mordversuche, Destabilisierung, Sanktionen und Desinformation haben bislang nicht zum gewünschten Regime-Change geführt. Nun wird ein Bürgerkrieg angefacht und offen mit einer militärischen Intervention gedroht.

Die Situation ist brandgefährlich und hat bereits jetzt etliche Todesopfer gefordert. Im Konflikt um Venezuela geht es nicht um Demokratie und Menschenrechte, wie uns vorgegaukelt wird, sondern um Macht und Einfluss in einem der ölreichsten Länder der Erde. Zweifellos steht Venezuela vor großen

wirtschaftlichen Problemen. Sie wurden durch Boykottmaßnahmen der USA und andere Aggressionen des Auslands herbeigeführt, sind aber auch eine Folge von Fehlentscheidungen der Regierung Maduro. Lösungen muss das venezolanische Volk finden.

Die Kommunistische Partei Venezuelas und andere progressive Kräfte werden ihre Vorschläge einbringen.

Solidarität mit Nicolás Maduro

Die Kampagne gegen die Regierung Venezuelas erinnert an den Putsch in Chile 1973. Auch damals wurde maßgeblich von den USA eine wirtschaftliche Krise provoziert, die das Militär dann als Vorwand für den Sturz und die Ermordung des gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende nahm.

In dieser Situation sind alle Demokraten aufgefordert, den Kriegstreibern und Putschisten in den Arm zu fallen und die legitime Regierung des bolivari-schen Präsidenten Nicolás Maduro zu unterstützen.

Die DKP ruft dazu auf, den Protest gegen den rechten und von den imperialisti-

Mitgliederversammlungen im Februar

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 05. März, 20:00 Uhr

Friedensfragen II

Erstellung einer Broschüre zum Thema. (Hierzu gab's bereits eine Rundmail mit dem Entwurf)

MV Dienstag, 19. März, 20:00 Uhr

Bei Redaktionsschluss stand ein Thema noch nicht fest

schen Mächten organisierten Putsch laut und deutlich auf die Straße zu tragen und Solidaritätsaktionen mit dem venezolanischen Volk und ihrem Präsidenten zu organisieren.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die auf Wahlen und Volksbeteiligung fußenden demokratischen Strukturen Venezuelas zu respektieren und die Regierung von Präsident Nicolás Maduro anzuerkennen.

Veranstaltung zum
Internationalen Frauentag
am 01. März um 19:00 Uhr
im Roten Zentrum,



Dann folgt mich man!

Mit diesen Worten soll die Ministerin Minna Faßhauer den Landtag aufgefordert haben, ihre Bildungspolitik zu unterstützen

► Solidarität mit der KP Venezuelas

Angesichts der gefährlichen Situation in Venezuela, in der ein erneuter Putsch gegen die seit 20 Jahren gewählte und immer wieder bestätigte Regierung zunächst unter Hugo Chávez und jetzt unter Nicolás Maduro durchgeführt wird, bekräftigt die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ihre Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften des Landes.

Dabei gilt die Solidarität der DKP besonders den Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV). Diese sind bereits Ziel von Attacken rechter Gruppen und Großgrundbesitzern gewesen, weil sie am konsequentesten für ein freies

Venezuela streiten und weil sie nicht nur wissen, dass die soziale Frage nur im Sozialismus gelöst werden kann, sondern weil sie diese Erkenntnis auch unter den Massen verbreiten.

Die Genossinnen und Genossen sind in Gefahr und brauchen jetzt unsere politische und auch unsere materielle Hilfe. Wir appellieren an unsere Mitglieder und Freunde, die Arbeit der PCV durch Spenden an den Venezuela - Solidaritätsfonds der DKP zu unterstützen:

**Spendenkonto DKP-Parteivorstand,
IBAN: DE63430609674002487501**

Verwendungszweck:

Solidarität mit der PCV!

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Auslegungszeitraum für B-Pläne in Grone ist beendet – Vielfältige Widersprüche aus der Bevölkerung



Graffiti am Jona-Platz, Grone-Süd: Jeder weitere Kommentar erübrigt sich!

Im Folgenden dokumentieren wir eine Presseerklärung des Mitglieds des Ortsrates Grone, Hendrik Falkenberg, Göttinger Linke:

Nachdem der Zeitraum für die Auslegung der Bebauungspläne in Grone-Süd und -Nord beendet ist, stellt Hendrik Falkenberg, Mitglied des Ortsrates Grone, fest, dass ihm vielfältige Widersprüche von BewohnerInnen aus Grone bekannt sind:

„Neben der Sorge, die auf sie zukommenden Mieterhöhungen nicht bezahlen zu können, wird vor allem auf die heute schon nicht mehr tragbare Parkplatzsituation vor allem im Süntelweg und der Harzstraße hingewiesen“, so Falkenberg. „Hier und in anderen Straßenzügen sind bereits heute kaum noch Parkplätze zu finden – auch, weil vorhandene Parkflächen nicht entsprechend genutzt werden können“

In diesem Zusammenhang wird auch eine Aufstockung des Parkdecks im Elmweg, der gar nicht mehr im Bereich der ADLER-Bauten liegt, für absolut unzureichend gehalten.



„Des weiteren sorgen sich die MieterInnen der ADLER AG vor einer Verdunkelung ihrer Wohnungen durch die Aufstockungen, wenn hierdurch Straßenschluchten entstehen. Auch eine Erweiterung der Balkone um 2

m verdüstert natürlich die darunterliegenden Wohnzimmer“.

Ein Argument, dass zwar nicht als Widerspruch durchgehen wird, aber in mehreren Schreiben auftaucht, ist, dass die Adler AG sich „als Vermieter nicht ausreichend um die basalen Anliegen der Mieterschaft kümmert“, dass sie als „Vorhabenträger [ist] aufgrund seines bisherigen Verhaltens unglaubwürdig“ ist. „Schlechte Erfahrungen mit unzuverlässigen VorhabenträgerInnen sollte die Stadt mittlerweile auch genug haben“, so ein Mieter, dessen Schreiben Falkenberg vorliegt.

„Ich werde mir genau die Antworten der Verwaltung ansehen und sie juristisch prüfen lassen, da ich davon ausgehe, dass die Verwaltung der Stadt der ADLER AG den Gefallen tun wird, diese Widersprüche abzubügeln“, so Falkenberg. (gs)



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Wahlkampfveranstaltungen:

Zur Monatswende März/April werden erste Wahlkampfveranstaltungen durchgeführt, die noch gesondert angekündigt werden.

Jugendverband ['solid]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 20.3., 19.00 Uhr, Neues Rathaus, Raum 1118

Haushalt der Stadt Göttingen: Wohin fließt wieviel Geld in den nächsten zwei Jahren; was sagt die Göttinger Linke dazu?

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 27. März 2019, 19:00 Uhr in Saal der Roten Hilfe, Lange Geismarstr. 3, Göttingen,
Schwerpunktthema: „Wie geht's weiter mit Hartz IV?“ mit Referent: Jo Bons (IG Metall)

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Dienstag, 19. März, 19:00 Uhr bei Alevitischer Kulturverein, Hauptstr. 6, Herzberg

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 13. Februar, 18:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Bettina Weigert (vgl. Adressenspalte) erfragen.

OV Bovenden Mitgliederversammlung

Montag, 25. März, 18 Uhr im Restaurant La Romantica, Göttinger Str. 33, Bovenden

Filmvorführung anlässlich des Internationalen Frauentages

LeserInneninitiative „junge Welt“ und Kooperation mit DIE LINKE. - OV Göttingen

Sonntag, 10. März 2019, 16:00 Uhr in Saal der Roten Hilfe, Lange Geismarstr. 3, Göttingen,

Wir – die LeserInneninitiative „junge Welt“ und der Ortsverein der Partei DIE LINKE – zeigen anlässlich des Weltfrauentages (08.03.) am So, 10 März den russischen Spielfilm „In der Stille des Morgens“. Der 1972 gedrehte Film ist unseres Wissens der erste Film, der bewaffnete Fraueneinheiten im „Großen Vaterländischen Krieg“ thematisiert – im Gegensatz zu den üblichen Rollen als Sanitäterinnen, Funkerinnen ... oder als winkende, abschiednehmende Mütter, Schwestern, Bräute. Eben im Gegensatz zu dem, wie Frauen in Kriegsfilmern meist gezeigt wurden.

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Clubtreffen: Dienstag, 5. März, 18:00 Uhr in Dabis Kaffeestube, Rote Str. 39, Göttingen.
Tagesordnung: u.a. Wahl der Verantwortlichen, nächste Veranstaltungen

KV Göttingen/Osterode

Bürgerstraße 26, 37073 Göttingen

Tel.: 0551 49 28 03 28

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook

Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

Haushaltsrede vom 15.02.2019 im Wortlaut:

**Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender,
Kolleginnen und Kollegen.**

Ich beginne mit einer für sie hoffentlich erfreulichen Mitteilung. Im Gegensatz zu meinen Vorrednern werde ich kein verkürztes Wahlprogramm und auch keine Allgemeinplätze vortragen. Ich werde für uns, Ratsgruppe GÖ-LINKE/ALG, markante Beispiele ausführen, die für uns zu einer Ablehnung des Haushaltes führen. Einigen Teilhaushalten werden wir zustimmen.

Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt. Rein rechnerisch ist das korrekt. Es bedeutet aber noch lange nicht, dass die berechtigten Interessen von Initiativen, Organisationen und auch von Schülerinnen und Schüler ausgeglichen berücksichtigt worden sind.

Es ist ja ein Leichtes bei den Zielen Formulierungen zur Gendergerechtigkeit zu formulieren und sie verbal immer wieder einzufordern. Wenn es aber um die Finanzierung von Initiativen zur Erreichung dieser Ziele geht

dann sucht man vergebens in den Haushaltsvorschlägen. Ganz deutlich geworden ist dies bei der Behandlung der Anträge von Kore. Allen sollte bekannt sein, dass die Jugendzentren überwiegend von Jungen besucht werden. Kore hat seit vielen Jahren immer wieder gut besuchte Projekte für Mädchen angeboten. Ihre Anträge wurden bei diesem Haushalt aber schon im Vorfeld nicht akzeptiert und sie werden jetzt auf die Möglichkeit der Kofinanzierung hingewiesen. Ein Weg, der nicht nur unsicher und bürokratisch ist, sondern in der Regel auch nur kurzfristige Projekte ermöglicht.

Warum steht die Mehrheit des Rates gegen ein neues Konzept für die Erhaltung der Tangente. Eine Spielstätte in Göttingen, die für junge Leute immer ein Anziehungspunkt war. Viele von ihnen werden die Konzerte und Veranstaltungen gern besucht haben. Es ist klar, dass in der kurzen Zeit kein ausgereiftes Konzept vorliegen konnte. Mit der Einstellung einer Summe von ca. 70 000,-€ mit Sperrvermerk wäre aber die Möglichkeit gegeben, dass diese Spielstätte nicht endgültig am Ende des Monats geräumt wird, sondern Zeit bleibt, ein akzeptables Konzept zu entwickeln.

Ein ähnliches Konzept wie im Apex wäre eine Möglichkeit. Wir haben uns gegen die Ablehnung dieser Förderung bei allen vorherigen Ausschusssitzungen gewehrt, hatten aber außer bei den Piraten/ Die Partei keine Unterstützung. Für einen erneuten Antrag sehen wir keine Chance und werden ihn deshalb nicht mehr stellen.

Warum halten sie es für die Einwohner von Göttingen für wichtiger 140 000,-€ für einen Tag „Deutschland-Tour“ oder 300 000,-€ für ein Wochenende für den „NDR-Soundcheck“ bereitzustellen?

Immerhin ist die Mehrheit ja bei diesem Haushalt nach langer Zeit bereit Planungskosten für den Erhalt des Städtischen Museums zu unterstützen. Auch gibt es augenscheinlich eine Mehrheit im Rat für die Unterstützung von Medi-Net, die sich sehr engagiert um die ärztliche Betreuung von nicht krankenversicherten Geflüchteten kümmert, die in unserem Gesundheitssystem keine ausreichende ärztliche Betreuung erhalten und um deren Zuschüsse wir in den vergangenen Jahren sehr kämpfen mussten.

Nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt, sondern ein neues Rekordergebnis für das Geschäftsjahr 2018 verzeichnet die Sparkasse Göttingen. Alle wissen, dass die Kriterien nach Basel III erfüllt sind und dass es eine beachtliche Risikorücklage für die Bank gibt. Der Rat kann keine Ausschüttung an die Stadt beschließen, aber er könnte durch eine entsprechende Stellungnahme dem Aufsichtsrat der Sparkasse durchaus deutlich machen, dass es in der Bundesrepublik Deutschland viele Sparkassen gibt, die einen Teil ihrer Gewinne an ihre Gewährsträger (hier Stadt und Landkreis Göttingen) selbstverständlich ausschütten, ebenso wie in Göttingen die Stadtwerke und die Städtische Wohnungsbau. Etliche Initiativen, die von der Sparkasse nicht berücksichtigt werden, die aber im Interesse der Stadt durchaus gefördert werden sollten, könnten unterstützt werden.

Kontaktdaten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr



DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

► Am 26. Mai ist Europawahl – Auf zum Wahlkampf!

Wir nähern uns der Europawahl, das heißt es ist wieder Wahlkampf. Dabei werden viele helfende Hände benötigt. Mithelfen kann jede*r, dazu muss mensch nicht Mitglied unserer Partei sein. Wie bei jeder Wahl gilt es auch diesmal Infostände und Veranstaltungen durchzuführen, Plakate zu kleben und Infomaterialien in Briefkästen zu ‚stecken‘.

Ab Ende März werden verschiedene **Wahlveranstaltungen** durchgeführt. Die ersten Termine stehen noch nicht fest. Bei der Durchführung benötigen wir noch

Unterstützung. Wir informieren Euch per Rundbrief via E-Mail. Achtet bitte auch auf Ankündigungen!

Ab März werden wir samstags mehrere **Informationsstände** durchführen. Dies betrifft natürlich insbesondere die Göttinger Innenstadt, nahe dem Gänseliesel, wo mindestens samstags ein Infostand stattfinden wird. Weitere Infostände wird es im Kreisgebiet, vor allem in Duderstadt, Hann. Münden und Herzberg geben.

„Steck“-Aktionen: Wie in jedem Wahlkampf verfügen wir über unterschiedliche

Materialien. Nur ein geringer Teil davon wird für die Infostände verwendet; für den überwiegenden Anteil sind wir auf engagierte Genoss*innen angewiesen, die diese Materialien direkt in die Briefkästen unserer Wähler*innen befördern.

Am sichtbarsten sind natürlich die **Plakate**, die im April im ganzen Kreis angebracht werden. Hier gibt es in den einzelnen Gemeinden sehr unterschiedliche Regeln. Während in Göttingen nur auf die durch die Stadt dafür aufgestellten Plakatwände plakatiert werden darf, ist dies an anderen Orten nur mit Pappen, die an Laternen usw. aufgehängt werden, möglich. Besonders zeitintensiv ist dabei das Plakatieren im ländlichen Raum. Die Göttinger Umgebung, der Harz, das Eichsfeld oder auch die Weser sind doch Ausflüge wert.

Wer helfen will, kann dies am einfachsten per Telefon unter 0551-20190386 oder mit einer E-Mail an kreisverband@die-linke-goettingen.de tun.

► OMV Göttingen:

Januarsitzung: Nachwahl und Europawahlvorbereitung

Schwerpunkte der Mitgliederversammlung des OV Göttingen am 23. Januar waren die Nachwahl eines Sprechers und die Vorbereitung der Europawahl.

Einvernehmlich wurde der promovierte Sozialwissenschaftler Dr. Joachim Bons in den Ortssprecherrat gewählt. Als unabhängiger Sozialberater für Hartz-IV- und Grundsicherungsbetroffene vertritt der aktive Gewerkschafter vor allem den Schwerpunkt Sozialpolitik.

Außerdem gehören dem Ortssprecherrat Doreen Bethe und Dr. Peter Strathmann an. Der bisherige Sprecher Dietmar Reitemeyer war zurück getreten, da er im Herbst letzten Jahres zum Kreischatzmeister gewählt worden ist. Ein Frauenplatz ist weiterhin unbesetzt.

Jo, der auch Delegierter für den Bundesparteitag ist, bedauerte in einem kurzen Referat, dass sich in dem bisher vorliegenden Programmwurf zur Europawahl DIE LINKE vor einer eindeutigen Positionierung zur EU drückt, was eben auch den Wahlkampf und die Mobilisierung zur Europawahl erschwert. Allgemein wurde dann in der Diskussion festgestellt, dass auch in unserem Kreisverband keine eindeutige Auffassung besteht, ob man die EU noch für

reformierbar hält. Einvernehmlich wurde ein Änderungsantrag zum Programm beschlossen, der die Ablehnung der Militarisierung der EU und die Forderung nach einem friedlichen Zusammenleben mit Russland hervorhebt.

Mehrere Mitglieder der Jugendorganisation Linksjugend [solid] stellten ihre Arbeit vor. (vgl. S. Seitenangabe noch einfügen). Die Zusammenarbeit zwischen dem Jugendverband sowie dem Orts- und Kreisverband soll in Zukunft deutlich verstärkt werden.

ef

Februar-MV: Antifaschistische Politik

Hauptreferent am 13. Feb. war Peter Strathmann (KPF), ergänzt durch die AG Antifa. Anwesend waren neben den Parteimitgliedern auch 2 interessierte Gäste.

Einführend mit einer allgemeinen Geschichte von Klassenkämpfen und des Verhältnisses Ausbeuterklasse zu ausgebeuteter Klasse kam der Referent bald auf die derzeitige Situation zu sprechen und auf die Notwendigkeit für die Ausbeuterklasse, ihre Herrschaft abzusichern.

Dafür hat diese generell 2 Möglichkeiten: Die Arbeiteraristokratie als Hauptstütze verwenden oder Kleinbürger +

„Lumpenproletariat“, was aber unsicherer ist. Schwächelt Gruppe a (wie derzeit), bleibt die Option, auf b umzusatteln ... und dabei aus einer „demokratischen Republik“ eine faschistische Diktatur zu machen. Die Maßnahmen der letzten Jahre und die Zunahme der internationalen Konflikte lassen Schlimmes befürchten.

Die zentrale Frage sei: Wie können wir der Monopolbourgeoisie ihr Spiel kaputt machen?

Dazu ist Folgendes wichtig: Zu wissen, wo will der Klassenfeind hin; wie wird er handeln, wie müssen wir selbst handeln, um ihm den Weg zu verstellen?

In Göttingen selbst sind unsere Bedingungen überdurchschnittlich gut. Eine relativ starke linke Hegemonie, funktionierende Bündnisse, die Gründung des Rotes-Zentrum-Vereins. Dazu eine schon seit Ende der 1980er Jahre erfolgreiche Arbeit auf der Straße.

Die AG Antifa befindet sich im Moment in einem Neuaufbau. Demnächst soll es ein Einsteiger*innentreffen geben, Veranstaltungen sind ebenso geplant wie eine Beteiligung am Int. Aktionstag gegen Rechts am 18. März. Auch die AG betonte die Wichtigkeit von Bündnisarbeit. Die anschließende Diskussion war lebhaft und behandelte viele Fragen.

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

► Die Linksjugend [„solid“] Göttingen stellt sich vor

Wir sind eine Gruppe junger Menschen, die sich hier in Göttingen politisch engagieren.

Unsere inhaltlichen Schwerpunkte sind: Feminismus, Sozialismus, Antikapitalismus und Antifaschismus. Dabei arbeiten wir basisdemokratisch zusammen. In unserer nun etwas über einjährigen Zusammensetzung haben wir besonders im vergangenen Jahr vieles erreicht:

Um den Opfern des Nationalsozialismus zu gedenken, zogen wir im Januar 2018 (so wie auch dieses Jahr) los, um die Stolpersteine in Göttingen zu putzen.

Als Bildungsfahrt fuhren wir im Frühjahr in das KZ Bergen Belsen.

Im Sommer konnten wir Gregor Gysi gemeinsam mit der Hochschulgruppe Die Linke.SDS Göttingen zu einer Debatte zum Thema „Flüchtlingspolitik in Europa. Zwischen Stacheldraht und Abschottung“ für uns gewinnen. An die tausend Menschen verfolgten die Diskussion! Ein paar Wochen später richteten wir den Oury-Jalloh Cup als antirassistisches Fußballturnier aus.

Zum Abschluss des Jahres sammelten wir kurz vor Weihnachten, in der Innenstadt von Göttingen, Geld für die Seenotrettung im Mittelmeer. Gegen eine Spende konnten die Passanten ihre eigenen Baumwollbeutel mit unterschiedlichen Motiven besprühen.

Daneben waren wir selbstverständlich auf diversen Demos vertreten, wie am 8. März anlässlich des internationalen Weltfrauentags und an beiden Demonstrationen in Hannover gegen das neue niedersächsische Polizeigesetz.

Im Rahmen unserer Aktionen sammelten wir für diverse NGOs wie, Jugend Rettet, der Oury-Jalloh-Stiftung sowie Mission Lifeline.

Aktuell laufen bei uns Planungen zum Frauen*streik am 8. März und zur obligatorischen Demo am 1. Mai.

Weiterhin vernetzen wir uns seit Jahresbeginn nun stärker mit anderen [„solid“] Basisgruppen in Niedersachsen, arbeiten auch inhaltlich insbesondere zu den Themen Feminismus und Antikapitalismus und bauen unsere Arbeitskreise (AKs) weiter aus.

Wer Lust hat bei uns mitzumachen, kommt einfach donnerstags 19:30 Uhr in die Lange- Geismar-Straße 72 zu Arbeit und Leben. Zusätzlich finden Treffen verschiedener Arbeitskreise statt.

Die nächsten Vorhaben sind schon in Planung!

► LINKE gegen Pflegekammern

Im Dezember 2016 beschlossen die damaligen Regierungsfractionen SPD und Grüne die Einrichtung einer niedersächsischen Pflegekammer: Die in Niedersachsen arbeitenden Angehörigen der Heilberufe in der Pflege sind gesetzlich zu Mitgliedern der Landespflegekammer gemacht worden und müssen hierfür einen Mitgliedsbeitrag zahlen. Im August 2018 hat sich dann die Pflegekammer Niedersachsen konstituiert. Die Betroffenen und die Gewerkschaft ver.di lehnen die Pflegekammer ab und fordern stattdessen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. DIE LINKE unterstützt deren Forderung und hat sich mit einem Redebeitrag von Eckhard Fascher an einer Kundgebung gegen die Pflegekammer am 26. Januar in Göttingen beteiligt.

Unser Landesvorsitzender Lars Leopold wendet sich in einer Presseerklärung vom 16.2. mit deutlichen Worten gegen die Landespflegekammer: „Die Pflegekammer hat keine Fehler, sie ist der Fehler.“ Er wendet sich gegen die Zwangsbeiträge und sagt weiter: „An den schlechten Arbeitsbedingungen und Löhnen in der Branche kann und will die Pflegekammer nichts ändern. Das ist nicht ihre Aufgabe

– stimmt. Aber genau das ist es, was die vielen Beschäftigten, die sich in der Pflege den Rücken krumm arbeiten, auf die Straße treibt. Die Pflegenden protestieren nicht nur gegen die Zwangsverkammerung, sondern auch gegen die Politik, die für die furchtbaren Bedingungen in der Pflege verantwortlich ist.“

Auch auf Bundesebene plant Gesundheitsminister Jens Spahn die Einrichtung einer Bundespflegekammer. Dagegen wendete sich unsere pflegepolitische Sprecherin im Bundestag, Pia Zimmermann, schon in einer Presseerklärung vom 10. Januar:

„Die Forderungen der Pflegekräfte liegen auf dem Tisch: ein Personalschlüssel, der am Bedarf orientiert ist, gute Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen. Minister Spahns Behauptung, es fehle in der Bundespolitik an einer Interessenvertretung, soll nur von seinem halbherzigen Handeln ablenken. Es fehlt an auskömmlicher Finanzierung, aber das kann nur die Bundesregierung angehen, keine berufsständische Vertretung, die neue Bürokratien schafft.“

Unterstützt Protestaktionen gegen Pflegekammern!

► Neue Entwicklung in Münden

Nachdem im März 2017 die beiden gewählten Hann. Müндener Ratsmitglieder der LINKEN Kirsten Klein und Michael Kaufmann aus der Partei ausgetreten waren, hatte es dort faktisch keine Aktivitäten des Ortsverbandes mehr gegeben.

Michael Kaufmann war dabei allerdings in der Göttinger Linken verblieben und ist im Oktober 2018 wieder in die Partei eingetreten. Die Fraktion „Aufstehen für Münden“ mit Kirsten Klein soll fortgesetzt werden, da Michael weiterhin große Gemeinsamkeiten mit ihr sieht.

Im März sollen dann anlässlich der Europawahl regelmäßige Infostände stattfinden.

Wer sich für die Arbeit in Hann. Müндen interessiert, kann sich an den Ortsverband(vgl. Adressenspalte) wenden.

Einen ersten Infostand soll es am **Samstag, 16. März** in der Müндener Innenstadt geben. Wer möchte, kann gerne vorbeigehen.



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

▶ Eine Erhaltungssatzung für das Ostviertel, das kann man nicht anders als reine Klientelpolitik bezeichnen.

Die Bewohner*innen in den über 1000 Wohnungen der Adler Real Estate in Grone machen sich große Sorgen um die Zukunft ihrer Mieten. Mit dem Antrag auf eine Voruntersuchung für eine mögliche soziale Erhaltungssatzung für die Wohngebiete Grone Nord und Süd, wollte die Göttinger Linke prüfen lassen, ob sich damit auch Einfluss gegen eine drohende Verdrängung alteingesessener Mieter*innen und eine mögliche Gentrifizierung nehmen ließe.

Die sehr schnelle Reaktion der Verwaltung war die eindeutige Ablehnung einer Voruntersuchung wegen angeblich fehlender Grundlagen.

Leider folgten dieser Beschlussvorlage der Verwaltung die Ratsfraktionen in ihrer klaren Mehrheit. Das Ergebnis einer Voruntersuchung war und ist für diesen Teil der Stadt nicht erwünscht.

Wenige Wochen nach dieser Entscheidung legt nun die Verwaltung ihre Vorschläge für eine Erhaltungssatzung für das Ostviertel auf den Tisch. Man reibt sich verwundert die Augen.

Da soll aus Denkmalschutzgründen, aus dem Schutzbedürfnis vor einer verdichteten Bebauung und nicht zuletzt um wertvolle städtebauliche Strukturen vor wirtschaftliche Vorteile zu setzen mit einer Erhaltungssatzung von Seiten der Stadt reagiert werden?

Da sollen nicht, wie von der Göttinger Linken in Grone beabsichtigt, vorrangig Menschen vor für viele kaum mehr tragbaren Mieterhöhungen und einer möglichen Verdrängung aus Göttingen bewahrt werden.

Da ist nicht die Rede von einer Voruntersuchung, sondern da wird schon von dem Erlass einer Erhaltungssatzung für ein klar ausgewiesenes Quartier im Ostviertel gesprochen.

Das besondere Augenmerk wird dabei auf den denkmalpflegerischen Interessenbereich gelegt. Für uns ist klar erkennbar, dass das Ostviertel nicht umsonst das erste in der Stadt ist, wo man mit einer Erhaltungssatzung operieren will, während andernorts selbst eine Voruntersuchung für eine soziale Erhal-

tungssatzung vehement ablehnt wird. Im Ostviertel wohnt größtenteils eine Bevölkerungsschicht, die sich hohe Mieten, soweit sie nicht selbst Eigentümer der Immobilie sind, leisten können. Sie sollen unter anderem vor verdichteter Bebauung geschützt werden und ihr vertrautes, mit schönen Vorgärten verziertes Umfeld soll möglichst erhalten bleiben.

Den privaten Investoren überlässt man für Ihre Renditeerwartungen und weitere verdichtete Bebauung Wohnquartiere wie Grone. Die Göttinger Linke wird sich wie bisher für den Aus- und Neubau bezahlbaren Wohnraums einsetzen. Dabei wird sie aber weiterhin darauf achten, dass dies möglichst über das ganze Stadtgebiet verteilt geschieht und nicht nach Maßstäben des Eigentums- und Finanzgefälles. Klientelpolitik, wie sie hier betrieben wird, lehnen wir entschieden ab. (gn)

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher,
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis im Februar:

Mittwoch, 20.3., 19.00 Uhr, Neues Rathaus, Raum 1118

Haushalt der Stadt Göttingen: Wohin fließt wieviel Geld in den nächsten zwei Jahren; was sagt die Göttinger Linke dazu?

Vorausschau:

Mai: 8.5.: gleicher Ort, ÖPNV in der Stadt und im Landkreis

Juni: 19.6.: gleicher Ort, Schulentwicklungsplan



Grüße
zum
internationalen
Frauentag!

Haushaltsrede Fortsetzung von Seite 7

Dies hätte auch den Vorteil, dass diese Förderungen dann öffentlich diskutiert und die Entscheidungskriterien offengelegt würden.

Die bisherige Praxis des Sponsorings der Sparkasse ist für Außenstehende nicht durchschaubar und ohne Offenlegung von Kriterien erscheint sie recht willkürlich.

Die Mehrheitsentscheidungen zur Unterbringung von Geflüchteten in den letzten zwei Jahren waren ja bei den unterschiedlichsten Vorschlägen geprägt von dem eindeutigen Tenor der Verwaltungsvorschläge: Das ist nicht möglich. Das ist zu teuer. Das bringt uns perspektivisch nicht weiter. Mit dem neuen Haushalt zeigen uns jetzt die Mehrheitsfraktionen einen neuen Weg: Wir bauen auf einem ungeeigneten Gelände, genehmigt für 3 Jahre, für ca. 6 Mio. Euro. Diese Idee ist in keinem kreativen Gremium entstanden, sondern ist eher das Ergebnis von Tatenlosigkeit und wohl auch von Konzeptlosigkeit. Diese Einrichtung bekommt dann den Namen Willkommenseinrichtung.

Nicht geklärt sind bisher auch die Fragen: Ist das ehemalige IWF-Gebäude noch anzumieten und welche Begründung gibt es vom Besitzer des Gothaer-Gebäudes leerstehende Gebäude nicht zu vermieten.

Die fast täglich in der Presse veröffentlichten Artikel zum Mangel an bezahlbarem Wohnraum scheinen bei vielen Ratsmitgliedern und der Verwaltung zu einer eher resignativen Haltung zu führen. Wir haben die Möglichkeiten zu überprüfen, ob für uns; speziell in Grone, baurechtliche Vorgaben möglich sind, um bezahlbare Wohnungen zu erhalten. Aber selbst Voruntersuchungen zur Klärung der Situation wurden bisher abgelehnt. Ein Ausweg soll sein, höherwertige Wohnungen zu erstellen, damit das Wohnungsangebot größer wird. Dieser Weg kann nur ein Irrweg sein, denn der Preisanstieg wird dadurch nicht bei den kostengünstigeren Wohnungen verhindert. Viele Göttingerinnen und Göttinger, die ganztätig arbeiten und ein Einkommen an der unteren Einkommensgrenze haben, werden Wohnungen in Göttingen nicht mehr bezahlen können. Da hilft auch die Bereitstellung von 500 000,-€ für den Ankauf von kurzfristigen Belegrechten im Haushalt wenig. Davon werden dann 30 bis 40 Wohnungen renoviert und nach 5 Jahren sind die Belegrechte gelöscht. Wie in Grone geschehen. Bis dahin werden auf dem freien Markt, ohne Vorgaben der Kommune nicht genügend bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen, wenn wir uns weiterhin so passiv und vertrauensselig gegenüber den Immobilienhändlern verhalten. Vor nicht allzu langer Zeit nannte die Bundes-SPD einige dieser Firmen noch Heuschrecken.

Mit der Diskussion über das Schulstättenentwicklungskonzept sind die vielen Investitionslücken bei den Schulbauten in Göttingen deutlich geworden. Die notwendigen Reparaturen und Sanierungen wurden durchgeführt, aber auf die Veränderungen in der Schullandschaft konnte durch die Bedingungen des EHP nicht reagiert werden. Der Rat hat bei fast allen Grundschulen der Umwandlung in einen Ganztagsbetrieb zugestimmt und dadurch viele Grundschulkollegien zur Improvisation gezwungen, weil die dafür notwendigen räumlichen und sächlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren. Die Kolleginnen und Kollegen haben diese Aufgaben auf sich genommen, obwohl sie weit über die Aufgaben einer Lehrerin oder eines Lehrers hinausgehen. Der Schulausschuss hat nach etlichen Diskussionen versucht eine Prioritätenliste für die Reihenfolge der Erweiterungs- und Umbauten bei den Schulen aufzustellen, musste aber feststellen, dass die Kapazitäten des Baudezernats auf 4 Schulen für die Laufzeit dieses Haushalts beschränkt ist. Es gab den Appell von uns an alle Fraktion Investitionen außerhalb des Schuldezernates zu überprüfen und zurück zu stellen. Dann kam der große Wurf im Finanzausschuss: Der Ausbau der Kantine im Rathaus wurde zurückgestellt. Es wurden 3 Schulen im Investitionshaushalt vorgezogen.

Die Geschwister-Scholl-Gesamtschule, die Grundschule Herberhausen und die Grundschule Elliehausen. Schulen, die im ZIV für 2024, 2025 und 2026 vorgesehen waren. Wo sind die Schulen geblieben, die schon länger auf ihre Baumaßnahmen warten und mit den schwierigen Bedingungen arbeiten. Ganz abgesehen davon, dass die Vorschläge dem Schulausschuss zugestanden hätten, muss man sich jetzt fragen, nach welchen Kriterien haben die großen Fraktionen im Finanzausschuss zugestimmt. Gab es überhaupt Kriterien oder erfüllte sich in Übereinstimmung jede große Fraktion einen Wunsch?

Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushaltsvorlage können wir aus den angeführten Gründen nicht zustimmen. Einigen Teilhaushalten stimmen wir zu.

Am 8. März ist Internationaler Frauen*kampftag.

► „WENN WIR DIE ARBEIT NIEDERLEGEN, STEHT DIE WELT STILL.“

Schon seit über 100 Jahren streiken, streiten und kämpfen wir für unsere Rechte und gegen jede Unterdrückung. Wir wollen nicht noch weitere Jahrzehnte auf die Gleichberechtigung warten und rufen deshalb zum Streik auf! Stellt euch vor, wie ein Tag aussehen würde, an dem Millionen von Frauen* ihre Lohnarbeit und die Hausarbeit niederlegen. Der Streik ist ein Mittel, um Druck auf die Politik aufzubauen und unsere Forderungen durchzusetzen. Wenn wir uns zusammentun und gemeinsam auf die Straßen gehen, können wir viel erreichen!

Immer noch verdienen Frauen* in Deutschland ca. 20% weniger als Männer.

Immer noch übernehmen wir die meiste Arbeit im Haushalt und sind dadurch neben der Berufstätigkeit doppelbelastet. Immer noch kämpfen wir dafür, über unsere Körper bestimmen zu dürfen. Immer wieder erfahren viele von uns auf der Arbeit oder zuhause körperliche oder psychische Gewalt. Immer noch leben viele Frauen*, auch aufgrund geringer Rente, in Armut oder haben diese später zu erwarten. Und das sind nur wenige Beispiele. Darum sagen wir: Es reicht! Wir streiken!

Am 08. März wird es von 12 bis 14 Uhr für alle Interessierten eine Kämpferische Mittagspause am Gänseliesel

geben. Es sind alle eingeladen, die mit uns gemeinsam für eine bessere Welt streiken wollen! Wir wollen gemeinsam mit vielen Einzelpersonen, Vereinen und Gruppen dieser Stadt den Tag gestalten. Es wird eine Bühne mit Programm geben, auf der neben musikalischer Untermalung auch Wortbeiträge und kleine Aktionen passend zum Thema stattfinden. Für alle Interessierte soll es ein „Offenes Mikrofon“ geben, was gerne für spontane Beiträge genutzt werden kann. Damit auch Ihr zeigen könnt, was für Euch der 8. März bedeutet!

Zum Schluss wird es eine gemeinsame Abschlussdemonstration durch die Göttinger Innenstadt geben – Startpunkt ist das Neue Rathaus um 17 Uhr!

Feministisches Bündnis Göttingen

Ihr könnt uns gerne jederzeit kontaktieren unter: frauen_streik_goe@riseup.net Oder besucht uns auf:

<https://frauenstreik.org/goettingen/>
<https://www.facebook.com/FemGoe>

► Care workers unite!

Am 24.01. 2029 traf sich das Bündnis Care Worker. Ziel war es, noch einmal mit den Akteur*innen während des Streikes im Sozial- und Erziehungsdienste im Jahr 2015 ins Gespräch zu kommen und darüber nach zu denken, ob und wie wir zukünftig daran anknüpfen können.

Auf dem Podium der Veranstaltung stellten die damals Beteiligten Ihre Wahrnehmungen dar.

Der Soziologe Peter Birke berichtete von seinen Erfahrungen als Vater eines Kindes in einem hamburger Kindergarten und stellte das von ihm und Kolleg*innen geschriebene Buch „Sorgekämpfe“ vor. Eine seiner persönlichen Erfahrungen ist, dass nur wenige Kindertagesstätten überhaupt zum Streik aufrufen konnten und deren Mitarbeiter*innen deshalb während einer großen Demo, welche an ihren Einrichtungen vorbeiführte, uns nur zuwinken konnten.

Die Befragungen der Mitarbeiter*innen aus den kommunalen Göttinger Kitas durch Göttinger Sozialwissenschaftler*innen haben ergeben, dass sich diese hauptsächlich einen besseren Betreuungsschlüssel und eine daraus resultierende Arbeitsentlastung wünschen.

Die Mitarbeiter*in aus einer Göttinger Kita, Ruth Kiefer, schilderte Ihre Erfahrungen so:

„An einem vierwöchigen Streik teil zu nehmen, war etwas ganz Besonderes:

Der Streik war sehr anstrengend. Gegen Ende des Streikes wurden wir auch zunehmend mit dem Unmut der Eltern konfrontiert. Aber es war auch eine sehr gute Erfahrung mit anderen Kolleg*innen auch aus dem Allgemeinen Sozialdienst diesen gemeinsamen Arbeitskampf zu erleben. Manche Kolleg*in hatte zum ersten Mal an einer Demo teilgenommen.

Schwierig wurde es gegen Ende des Streikes, als von der Gewerkschaftsspitze das Ende des Streikes angeordnet wurde und sie sich auf einen Kompromiss während der Verhandlungen mit den Arbeitgebervertreter*innen einlassen wollten. Zwar konnten noch einige Verbesserung durch das Ergebnis der Urabstimmung erreicht werden, jedoch war das Ergebnis für die Streikenden sehr enttäuschend.“

Ruth wünscht sich eine Gruppe von engagierten Kolleg*innen verschiedener Göttinger Kitas, die sich regelmäßig zu einen Arbeitskreis treffen mit dem Ziel Kolleg*innen aus anderen Kitas zur langfristigen Beteiligung zu motivieren, um bei einem nächsten Arbeitskampf nicht bei Null anzufangen.



Die heutige Gewerkschaftssekretärin Diana Hennig berichtete von ihren Erfahrungen und ihrer Beteiligung als Mutter. Sie organisiert in Göttingen die Ver.di-Kampagne „Aufstehen für die Kita“.

Von den zahlreich erschienenen Gästen, aus den verschiedenen Spektren und Berufsgruppen, Pädagog*innen aus Kitas, der Behinderten- und Jugendhilfe und dem allgemeinen Sozialdienst kamen interessante und auch kritische Redebeiträge zum Thema „Welche Rolle hatten und haben in Zukunft Gewerkschaftssekretär*innen im Spannungsfeld zwischen Ihren Arbeitgeber*innen, der Gewerkschaftsspitze und der Basis der Mitglieder, deren Interessen sie vertreten sollen.“

Unter den Gästen waren mehrere Vertreter*innen aus der Organisationsgruppe zum **Internationalen Frauenstreiktag am 08.03.2019**.

Konsens war: Wir wollen diesen Tag nutzen, um der Göttinger Öffentlichkeit unsere Forderungen nach einer höheren Eingruppierung und einem verbesserten Personalschlüssel in den unterschiedlichen Berufsfeldern zu vermitteln.

(rk)